

ROBERT KRIECHBAUMER, MICHAELA MAIER,
MARIA MESNER UND HELMUT WOHNOUT (HG.)

Die junge Republik

ÖSTERREICH 1918/19





Herausgegeben im Auftrag der Plattform zeithistorischer politischer Archive:

Karl von Vogelsang-Institut zur Erforschung der Geschichte der christlichen
Demokratie in Österreich

Kreisky-Archiv

Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung

Forschungsinstitut für politisch-historische Studien der

Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek

Robert Kriechbaumer · Michaela Maier · Maria Mesner
und Helmut Wohnout (Hg.)

DIE JUNGE REPUBLIK

Österreich 1918/19

BÖHLAU VERLAG WIEN KÖLN WEIMAR

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2018 by Böhlau Verlag Ges.m.b.H & Co. KG, Wien, Kölblgasse 8–10, A-1030 Wien
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildungen:

Erste Nationalratswahl nach dem Ersten Weltkrieg 1919, Porträt Ignaz Seipel, Alte Frau beim Steckrüben-Ernten 1918/1919 (Karl-von-Vogelsang-Institut). Ausrufung der Republik 1918: Menschenmenge vor dem Parlament, Weibliche Abgeordnete in der konstituierenden Nationalversammlung 1919, Karl Leuthner u.a. bei einer Rede vor dem Rathaus (Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung).

Korrektur: Philipp Rissel, Wien
Einbandgestaltung: Michael Haderer, Wien
Satz: Michael Rauscher, Wien

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISBN 978-3-205-20105-2

Inhalt

Vorwort	7
Wolfgang Maderthaner Zerrüttete Verhältnisse. Die Geburt des Neuen aus dem Geist der Desintegration	13
Hanno Rebhan Die politischen Parteien als Träger des Staatswerdungsprozesses. Monarchie oder Republik? Die Entscheidung zur Staatsformfrage innerhalb der Parteien	23
Veronika Helfert Auf dem Boden des Klassenkampfes! Revolutionäre Bewegungen in Österreich 1918/1919.	47
Hanns Haas Hypothek auf die Zukunft?	57
Thomas Olechowski Verfassungsentwürfe, Föderalismus und »Anschlussfrage«	77
Hannelore Burger Staatsbürgerschaft und Staatenlosigkeit im Bild der Verfassungen von Monarchie und Republik. Ein Vergleich.	87
Birgitta Bader-Zaar Die Demokratisierung des Wahlrechts	101
Harald Fiedler Die Koalitionsfrage im Frühjahr 1919	113
Ernst Bruckmüller Interessenpolitik als Klammer von der Monarchie zur Republik: Kontinuität und Innovation	127

Gabriella Hauch Ambivalenzen in Transformation und Kontinuität. Zur Frage der Geschlechterverhältnisse in der »jungen« Republik Österreich 1918 ff.	153
Andreas Weigl Wirtschaftspolitik, Währung und Inflation	167
Ernst Hanisch Die »große Angst« der Katholischen Kirche und die Akkomodation an die Republik 1918–1920	187
Ibolya Murber Die Staatswerdung Österreichs und Ungarns zwischen 1918 und 1920 im Vergleich	197
AutorInnen und HerausgeberInnen	211
Personenregister	217

Vorwort

1919 schrieb Paul Valéry in seiner »Krise des Geistes« im Rückblick auf die soeben zu Ende gegangene erste Urkatastrophe des noch jungen 20. Jahrhunderts, alle Kulturvölker wüssten nun, dass sie sterblich seien. Das Verschwinden glanzvoller Kulturen der Vergangenheit sei bisher nur von historischem Interesse gewesen, die Gegenwart sei von diesen Vorgängen unberührt und ungerührt geblieben. Doch der vergangene Krieg habe gezeigt, dass der Abgrund der Geschichte für viele Raum habe, auch für Großreiche.

Es war nicht nur der nunmehr tatsächlich erfolgte Untergang zweier Großreiche – Österreich-Ungarns und des Osmanischen Reiches –, der Beginn der russischen Tragödie und der Sturz dreier, die europäische Staatenwelt prägenden Dynastien, der Romanows, der Habsburger und der Hohenzollern, sondern es waren vor allem die unvorstellbaren Grauen des ersten modernen industriellen Krieges, die Otto Dix in seinem 1924 geschaffenen Zyklus »Der Krieg« auch für den späteren Beobachter so eindrucksvoll festhielt, die eine Generation prägten und auch psychisch wie körperlich deformierten. Die Grauen des Krieges hielten sich nicht an die Frontverläufe, sondern waren ein diese überwindendes kollektives Phänomen, eine Internationale des Schreckens, dem viele nicht gewachsen waren. Und dennoch teilte das Ende des Krieges die im Schrecken nivellierte Masse seiner zu den Schlachtbänken geführten Teilnehmer in Sieger und Besiegte. Für die Besiegten stellte sich nicht nur die Frage, wofür man gekämpft und so zahlreiche Opfer – freiwillig oder unfreiwillig – gebracht habe, sondern ergab sich auch die Konfrontation mit dem Verlust dessen, was gestern noch selbstverständlich und damit auch Bestandteil der eigenen Selbstwahrnehmung war. In der Wahrnehmung der Besiegten hatte die Welt von gestern nicht nur einige Sprünge bekommen, sondern war unwiederbringlich verschwunden.

In Österreich waren die revolutionären Umwälzungen im Herbst 1918, die Abschaffung der Monarchie und die Ausrufung der Republik am 12. November die Folge der militärischen Niederlage und der parallel dazu verlaufenden Loslösung der Nachbarstaaten. Die von den Sozialdemokraten in Szene gesetzte *damnatio memoriae* der Habsburgermonarchie war eine politische Konstruktion a posteriori. Karl Renner erklärte am 11. November 1918, die für den folgenden Tag geplante Proklamation der Republik Deutschösterreich sei angesichts der angespannten politischen Lage ein Akt der antizipierenden politischen Vernunft. Würde man diesen Schritt nicht setzen, drohe entweder die Räterepublik nach sowjetischem Muster oder/und der völlige

Zerfall Österreichs durch eine Separation der Länder in Form eines Anschlusses an das Deutsche Reich. Dies vor allem auch deshalb, weil der bis 9. November amtierende deutsche Reichskanzler Prinz Maximilian von Baden angesichts der politischen Neuordnung Mitteleuropas alle deutschen Siedlungsgebiete eingeladen hatte, dem neuen deutschen Staat, über dessen Regierungsform eine Verfassunggebende Nationalversammlung entscheiden würde, beizutreten. Im Staatsrat war man entschlossen, dieser Einladung in toto, d. h. als Gesamtheit aller deutschsprachigen Gebiete der Habsburgermonarchie, Folge zu leisten. Am 9. November erklärte daher Victor Adler im Staatsrat nach der Annahme des Artikels 2 des Gesetzes über die Staats- und Regierungsform, in dem sich Deutschösterreich als Bestandteil des Deutschen Reiches erklärte, er werde in einem Telegramm an Prinz Maximilian von Baden die Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass auch »das deutsche Volk in Österreich an dieser deutschen Verfassunggebenden Versammlung teilnehmen werde.«¹

Diese aus heutiger Sicht – vor allem im Wissen um das Nachher – für viele unverständliche Absage an die Souveränität der neuen Republik findet in einer historischen Betrachtung in drei Argumenten ihre Begründung:

1. Die kollektive Befindlichkeit: Die Bevölkerung des Restes der Habsburgermonarchie war seit Jahrhunderten in einem multinationalen Großreich sozialisiert worden. Die Reduktion dieses als Selbstverständlichkeit internalisierten Großraums auf einen Kleinstaat verursachte Ängste und Unsicherheiten. »Small is beautiful« war keine Kategorie.
2. Das Scheitern der Verhandlungen über die Bildung einer Donauföderation mit den Nachfolgestaaten als zumindest wirtschaftspolitischer Ersatzraum für den Verlust des staatlichen Großraums der Habsburgermonarchie ließ in den Augen der politischen Akteure – und auch eines Großteils der Bevölkerung – angesichts der Verschränkung der Wirtschaftsbeziehungen in der Habsburgermonarchie die These von der Lebensunfähigkeit eines Kleinstaates Deutschösterreich zusätzlich an Plausibilität gewinnen.
3. Historische Überhänge der Reichs-Diskussion: Otto Bauer, für Friedrich Heer »der denkmächtigste Apostel« des »Deutschland-Glaubens«², schrieb am 25. Dezember 1918 in einer Denkschrift an alle in Wien vertretenen Mächte und Regierungen der Ententestaaten sowie die USA, die Verhandlungen über die Bildung einer Donauföderation seien gescheitert. Da jedoch Österreich, so Otto Bauer, »für sich allein nicht bestehen kann, ist es *gezwungen*, den engen förderativen Anschluss, den es braucht, anderswo zu suchen. Es kann ihn nirgends finden als im Deutschen Reiche.«

Und Otto Bauer setzte fort: »Deutschösterreich ist in der Geschichte stets ein Teil Deutschlands gewesen. Es war bis 1806 Vormacht in dem Heiligen römischen Reiche deutscher Nation, seit 1815 die Vormacht im Deutschen Bunde. Nur der Kampf der beiden Dynastien Habsburg Hohenzollern um die Vorherrschaft in Deutschland hat zum Ausschluss Deutschösterreichs aus dem Deutschen Bunde geführt. Erst im Jahre 1866, durch den Sieg der preußischen Waffen ist Deutschösterreich aus dem Deutschen Bunde ausgeschlossen worden. Jetzt aber sind die Dynastien Habsburg und Hohenzollern, deren Streit Deutschösterreich vom übrigen Deutschland getrennt hat, beseitigt. Ganz naturgemäß taucht daher der Gedanke auf, Deutschösterreich mit den übrigen deutschen Stämmen zu vereinigen, das uralte Band geschichtlicher Gemeinschaft, das brutale Gewalt vor 52 Jahren zerrissen hat, wieder neu zu knüpfen.«³ Unter bewusstem Rückgriff auf die Reichs-Diskussion in der Mitte des 19. Jahrhunderts wies Bauer darauf hin, dass ein Anschluss Deutschösterreichs zu einer Schwächung des preußischen Einflusses im Deutschen Reich führen würde. Seine Argumentation wurde in Deutschland durch eine breite Diskussion über den Begriff des »Reiches« entlang des Gegensatzes zwischen großdeutsch und kleindeutsch aufgegriffen. Das »Reich« sei stets großdeutsch gewesen. Das Bismarck'sche Reich als kleindeutsche Lösung sei zum damaligen Zeitpunkt die einzig mögliche Lösung der deutschen Frage gewesen. Der Untergang der Habsburgermonarchie habe jedoch die Rahmenbedingungen zugunsten einer großdeutschen Lösung grundlegend geändert. 1920 bemerkte der nationalliberale Historiker Hermann Oncken in seinem Aufsatz »Die Wiedergeburt der großdeutschen Idee«, nach dem Auseinanderbrechen der Habsburgermonarchie und der machtpolitischen Fesselung Deutschlands als Ergebnis des Krieges »bleibt uns nunmehr als einzige Rückzugslinie: die *Rückkehr zur großdeutschen Idee*. ... Großdeutschland ist jetzt möglich geworden, weil Deutschösterreich allein nicht leben kann. Damit ist nicht nur der theoretische Daseinsgrund für die kleindeutsche Idee von 1848/1866 hinfällig geworden, sondern auch das kleindeutsche Reich in dem Umfang, wie es von 1871 bis 1918 bestand, hat seine Existenzberechtigung verloren. Die kleindeutsche Idee ... muss sich automatisch in der großdeutschen Idee auflösen.« Der »großdeutsche ganze Nationalstaat« sei heute das anzustrebende Ideal.

Diese großdeutsche Lösung, von der man in Wien und Berlin träumte, war jedoch, wie man wusste, von den Plänen der Siegermächte gefährdet. Am 11. November 1918 erklärte Karl Renner im Staatsrat alarmiert, man wisse heute schon, »was mit uns geplant ist. Deutschösterreich soll auf ein armseliges und ganz hilfloses Gebilde reduziert werden, das im Süden bis zum Brenner auf der einen Seite, auf der anderen nicht einmal bis Villach, nicht einmal bis Marburg, reicht, im Norden nicht einmal bis Lundenburg (Břeclav), ein Gebilde, das nicht lebensfähig ist, keine andere Industrie haben könnte als höchstens eine Fremdenindustrie. Es wäre der höchste Traum etwa

unserer nationalen Entwicklung, dass wir in Alpenhotels Hotelportiere für englische Lords abgeben oder für solche, die in die Gewänder englischer Lords gekleidet erscheinen. Dabei will man uns aber nicht etwa den Anschluss an die große deutsche Gemeinschaft möglich machen, sondern uns zwingen, in einem Verband mit Österreich zu bleiben, als ein Nationsteil von knapp 6 Millionen ...«⁴ Die Bemühungen der österreichischen Politik, durch die Proklamation der Republik Deutschösterreich als Teil des Deutschen Reiches am 12. November 1918 sowie durch die Unterzeichnung eines Anschluss-Protokolls mit dem Deutschen Reich am 2. Mai 1919 dieser drohenden Entwicklung entgegenzuwirken, sollten sich durch die Bestimmungen der Verträge von Versailles und St. Germain als obsolet erweisen. Der Friedensvertrag von St. Germain verbot in Artikel 88 nicht nur den Anschluss, wengleich diese Bestimmung der Völkerbund revidieren konnte, sondern bestimmte auch den Namen der neuen Republik mit »Österreich« anstelle des bisher verwendeten »Deutschösterreich«. Der Motivenbericht der Regierung Renner bemerkte, man habe dem Land den neuen Namen »vorgeschrieben«, weshalb man ihn nunmehr verwenden müsse. Die mit dem Friedensvertrag von St. Germain geschaffene Republik war sowohl in ihrer territorialen Ausdehnung wie in ihrem Namen von außen verordnet. Sie entsprach keineswegs dem, was die politischen Repräsentanten, die sich am 12. November 1918 auf der Rampe des Parlaments versammelten, um die Republik Deutschösterreich auszurufen, intendierten.

Bei dieser Ausrufung der Republik Deutschösterreich am 12. November 1918 manifestierten sich angesichts des durch Mitteleuropa geisternden Gespenstes des Bolschewismus die unterschiedlichen Definitionen des Begriffs »Republik«. Noch am 9. November hatte Victor Adler über die Ereignisse im Deutschen Reich optimistisch erklärt, es sei alles »so glatt gegangen, wie man es nie erwartet hätte«, und er sei überzeugt, dass die Deutschöstreicher »der Welt ... dafür das Vorbild geben werden, wie man am glattesten, klassischsten, einfachsten Revolution macht und durchführt.«⁵ Die von Adler beschworene glatte Revolution sollte keineswegs so verlaufen, wie von ihm erhofft. Während nämlich die Provisorische Nationalversammlung die Ausrufung der demokratischen Republik Deutschösterreich beschloss, forderten Demonstranten der am 3. November gegründeten Kommunistischen Partei vor dem Parlament die sozialistische Republik nach sowjetischem Muster. Der Forderung folgten Taten, als beim Hissen der rot-weiß-roten Fahne der neuen Republik Mitglieder der Roten Garde sich der Fahnenstange bemächtigten, den weißen Mittelteil der Fahne herauschnitten und die nunmehr rote Fahne als politische Manifestation hissten. Wenig später folgte ein von der Roten Garde ausgehender Schusswechsel vor dem Parlament, der in der ausbrechenden Panik zwei Tote und rund fünfzig Verletzte forderte.

Wengleich die Gefahr des Bolschewismus noch nicht endgültig gebannt war und als Schatten über der Entwicklung der folgenden Monate lag, so war die Entschei-

derung der Parteien zugunsten der parlamentarischen Demokratie gefallen. Der durch die verschiedenen gesetzlichen Regelungen und die schließlich 1920 verabschiedete Bundesverfassung geschaffene Parlamentsabsolutismus sollte sich jedoch angesichts der aus der Monarchie übernommenen spezifischen Parteienverhältnisse und der damit verbundenen politischen Kultur, für die sich der aus der militärischen Sprache stammende Begriff »Lager« etablierte, als Strukturproblem der Republik erweisen. Die Parteien waren sozial klar verankerte Weltanschauungsparteien mit einem philosophisch-religiösen und gesellschaftlichen Totalitätsanspruch und jeweils eigener fragmentierter Kultur. Das Eigene stand gegen das Andere, das Fremde, verbunden mit Vorurteilen und Ängsten. Daraus ergaben sich vier zentrale Konfliktzonen: Zentrum versus Peripherie (vor allem Wien gegen die Länder), Staat (Laizismus) versus Kirche (Katholizismus), Primärer versus Sekundärer Sektor, Arbeit versus Besitz. Sie dominierten den politischen Diskurs, der aufgrund der mangelnden Kompromissfähigkeit zur permanenten politischen Konfrontation, die Anton Pelinka treffend einen »Kalten Krieg im Inneren« nannte, führte.

Dennoch: Auch ohne große Gründungserzählung und weitgehend fehlendem Patriotismus, auch als von den Siegermächten erzwungenes und von den Parteien geschaffenes Gebilde hatte die junge Republik durchaus Meriten und bot Chancen, die es allerdings zu ergreifen galt. Der »Kalte Krieg« musste keineswegs zwangsläufig in einem Bürgerkrieg enden. Dass diese Chancen nicht erkannt und ergriffen wurden, bildet die eigentliche Tragödie der Ersten Republik.

Angesichts der 100. Wiederkehr des Endes des Ersten Weltkrieges und der Gründung der Ersten Republik hat die Plattform zeithistorischer politischer Archive, dem das Forschungsinstitut für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, der Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, das Karl von Vogelsang-Institut und das Kreisky-Archiv angehören, beschlossen, sich in Anknüpfung an das 2013 veranstaltete Symposium über die Rolle der Parteien und der gesellschaftlichen Verhältnisse beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges mit Aspekten der Gründung der Ersten Republik in den Jahren 1918/19 zu befassen. In drei großen Themenblöcken – »Konstituierungsprozess der Republik«, »Verfassung und Demokratisierung« und »Gesellschaftliche Transformationsprozesse« wurde von den Referentinnen und Referenten der Versuch unternommen, Einblicke in den Staatsbildungsprozess zu gewähren.

Die Herausgeberinnen und Herausgeber sind all denjenigen zu Dank verpflichtet, die wesentlich zum Zustandekommen des vorliegenden Sammelbandes, der die Referate des Symposions beinhaltet, beigetragen haben: vor allem den Autorinnen und Autoren für die termingerechte Ablieferung der Manuskripte, dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, dem Zukunftsfonds der Republik Österreich, der Wissenschafts- und Kulturförderung der Gemeinde Wien und dem Bundeskanz-

leramt für die finanzielle Unterstützung sowie dem Böhlau-Verlag, besonders Dr. Ursula Huber, für die gute Kooperation.

Am Ende dieses Vorworts wollen wir einer Autorin gedenken, die nur wenige Tage nach unserer Tagung aus unserer Mitte gerissen wurde. Völlig unerwartet ist Hannelore Burger in der Nacht des 20. November 2017 an einem Herzversagen verstorben. Unsere Tagung war die letzte, bei der sie vor einem wissenschaftlichen Publikum auftrat. Wir schätzen ihre wissenschaftliche Arbeit, insbesondere die beiden bedeutenden Monografien aus ihrer Feder, und waren froh, sie für unser Symposium gewonnen zu haben. Umso mehr machte uns ihr Tod betroffen. Freundlicherweise haben sich Birgitta Bader-Zaar, Tamara Burger und Rudolf Burger bereit erklärt, das bereits in Schriftfassung vorliegende Referat Hannelore Burgers endzuredigieren. Wir sind ihnen dafür sehr dankbar.

Dieser Band mit der letzten wissenschaftlichen Arbeit Hannelore Burgers soll in einer besonderen Weise dem Andenken an sie als Mensch, Kollegin und Historikerin gewidmet sein.

Robert Kriechbaumer, Michaela Maier, Maria Mesner, Helmut Wohnout
für die Plattform der zeithistorischen politischen Archive
Salzburg, im Mai 2018

Anmerkungen

- 1 Der österreichische Staatsrat, Protokolle des Vollzugsausschusses, des Staatsrates und des Geschäftsführenden Staatsratsdirektoriums, Band 1, 21. Oktober 1918 bis 14. November 1918, Wien 2008, 327 f.
- 2 Friedrich Heer, *Der Kampf um die österreichische Identität*, Wien/Köln/Graz 1981, 341.
- 3 Zit. bei Ernst Hanisch, *Im Zeichen von Otto Bauer. Deutschösterreichs Außenpolitik in den Jahren 1918 bis 1919*, in: Helmut Konrad/Wolfgang Maderthaner (Hg.), *Das Werden der Ersten Republik ... der Rest ist Österreich*, 2 Bde, Wien 2008, Bd 1, 207–222, 2017.
- 4 Der österreichische Staatsrat, Bd. 1, 348 ff.
- 5 Ebda, 327.

Wolfgang Maderthaner

Zerrüttete Verhältnisse

Die Geburt des Neuen aus dem Geist der Desintegration

In den Oktober- und Novembertagen 1918 ist die kaiserliche Armee und mit ihr die Kriegsindustrie zusammengebrochen, der über Jahrhunderte gewachsene staatliche Verband der Habsburgermonarchie ist zerfallen, tradierte, überkommene Ordnungs- und Autoritätskonzepte, soziale Hierarchien und kulturelle Codes haben sich in nichts aufgelöst. Es waren nationale und demokratische Revolutionen, die die Nachfolgestaaten etablierten und zugleich die Massen der Arbeiterschaft und zurückkehrenden Frontsoldaten mobilisierten. Ausgehend von der großen Massenkundgebung des 30. Oktober in Wien kündigte sich in täglichen, stürmisch verlaufenden Soldatendemonstrationen ein radikaler Umbau des sozialen Gefüges der Stadt und des Staates an.

Die für diesen Tag einberufene *Provisorische Nationalversammlung* – also die Versammlung der Reichsratsabgeordneten aller deutschen Wahlbezirke Österreichs – hatte einen von Karl Renner konzipierten Beschluss über die *grundlegenden Einrichtungen der Staatsgewalt* gefasst: eine erste, provisorische republikanische Verfassung. Mit sofortiger Wirkung wurden die Aufhebung der Militarisierung der Betriebe, die Wiederherstellung der Pressefreiheit und die Amnestie für politische Delikte beschlossen. Die nächsten beiden Tage werden dann die Auflösung des Habsburgerreiches de facto vollenden. Am 31. Oktober übernimmt in Laibach der *Narodni Svet*, in Triest ein *Wohlfahrtsausschuss* die Macht. In Krakau wird die gesamte Zivil- und Militärmacht einer von den polnischen Abgeordneten eingesetzten Liquidationskommission übertragen. Lemberg wird vom ukrainischen Nationalrat in Besitz genommen und am 1. November übernimmt das *Narodno Vijece* die Regierungsgewalt in Bosnien. In Deutschösterreich wie in Tschechien, in Galizien wie im südslawischen Gebiet waren Dynastie, kakanische Bürokratie, Generalität und Diplomatie ihrer Funktion enthoben – demokratische Massenparteien des Bürgertums, der Arbeiter- wie der Bauernschaft eigneten sich Regierungsgewalt an. Es handelte sich um die gänzliche Neukonstituierung von Nationalstaaten, und es handelte sich um die völlige Reorganisation der Staatsgewalten, wenn auch die neu installierten Regierungen zunächst weder über professionelle Verwaltungsapparate noch über ausreichende militärische Machtmittel verfügten.

Am 11. November 1918 stimmt dann der letzte Habsburger der Veröffentlichung einer in ihren zentralen Passagen von dem Sozialdemokraten Renner und dem Christlichsozialen Ignaz Seipel verfassten Verzichtserklärung zu. Zugleich beschließt der seit Ende Oktober unter dem Vorsitz des späteren Wiener Bürgermeisters Karl Seitz amtierende Staatsrat, tags darauf die Provisorische Nationalversammlung zu ihrer insgesamt dritten Sitzung einzuberufen. Der einem Entwurf Renners folgende Gesetzesbeschluss des 12. November erklärt *Deutschösterreich* zur demokratischen Republik – auf den Tag genau 70 Jahre nachdem die Truppen des Windischgrätz das revolutionäre Wien des Jahres 1848 niedergeworfen hatten. Die Vorrechte der Familie Habsburg wurden aufgehoben, alle auf politischen Privilegien beruhenden Körperschaften aufgelöst. Alle Rechte des Kaisers wurden dem *Staatsrat* übertragen, die Wahl einer *Konstituierenden Nationalversammlung* und die Neuwahl der Landes- und Gemeindevertretungen aufgrund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts angeordnet. Schließlich bestimmte, im Sinne eines von den Sozialdemokraten im Staatsrat eingebrachten und mit überwältigender Stimmenmehrheit angenommenen Antrags, der Artikel 2 des Grundgesetzes: »Deutschösterreich ist Bestandteil der Deutschen Republik.«¹

Vor diesem Hintergrund entfaltet sich die österreichische Revolution als eine vornehmlich politische Revolution, als ein Prozess der De-Feudalisierung, dem Momente des sozialen Umsturzes und des spektakulären Eintritts der Massen in die Geschichte unterlegt sind – und der eben daraus seine weitere Dynamik gewinnt. Die Geburt des Neuen aber erfolgte in einer Atmosphäre des Hungers, der Kälte, der Krankheit, des Todes. In einem besonders dramatischen Ausmaß ist die ehemals so glänzende und boomende Reichshauptstadt Wien betroffen. Der große österreichisch-ungarische Wirtschaftsraum war zerschlagen, die Nationalstaaten grenzten sich gegeneinander ab, wie sich die deutsch-österreichischen Länder gegen Wien abgrenzten. Die Stadt wurde in ihren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Grundlagen nachhaltig erschüttert, ihre Ökonomie durch die Herauslösung aus dem integralen Wirtschaftszusammenhang eines Großreichs von strukturellen Schocks getroffen. Es ist damit die Degradierung der Reichshaupt- und Residenzstadt eines 50-Millionen-Imperiums zum *Wasserkopf* eines verarmten und für nicht überlebensfähig gehaltenen Kleinstaates verbunden – ein Kleinstaat, abgeschnitten von seinen natürlichen Rohstoffressourcen ebenso wie von seinen traditionellen Absatzgebieten und Handelspartnern. Die Etablierung der Nachfolgestaaten hatte die Abwanderung von mehr als 300.000 Menschen aus der Hauptstadt zur Folge, das ehemalige habsburgische Finanz-, Organisations- und Verwaltungszentrum unterlag einem massiven Bedeutungsverlust, mit entsprechenden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und den Arbeitsstättensektor.²

Zur ökonomischen tritt die humanitäre Katastrophe: Die Rationierungen unterbrechen das Lebensnotwendige, ein Viertel Brot täglich für jeden, einige Dekagramm

Fett, etwas Milch, ein paar Stück Zucker, am Großmarkt täglich in aller Frühe bis zu 60.000 Menschen. Theater und Kinos werden gesperrt, vorübergehend auch Schulen. Züge verkehren höchst unregelmäßig, die Fenster der verdreckten Waggons sind zerbrochen. Die Straßenbahn verkürzt ihre Linien, der Stadtbahnverkehr ist überhaupt zum Erliegen gekommen, der Frachtenverkehr wird auf die (keinesfalls hinreichenden) Nahrungsmitteltransporte eingeschränkt, die Fabriken müssen die Produktion immer wieder unterbrechen, weil die E-Werke aufgrund der Unterversorgung mit Kohle keinen Strom mehr liefern können. Und über allem wütet die spanische Grippe, mit besonderer Unerbittlichkeit im letzten Quartal des Jahres 1918. Ihr erlagen Abertausende, die, ausgezehrt, erschöpft, von Hunger und Entbehrung geschwächt, von unzureichender Kleidung nicht geschützt, der Krankheit keinen Widerstand entgegenzusetzen vermochten; zu ihren Opfern zählten Victor Adler, Otto Wagner, Gustav Klimt, Egon Schiele.³

Die Sterblichkeitsziffern erreichten traumatische Werte: Auf tausend Todesfälle kommen vierhundert Lebendgeburten, deren Zahl 1913 noch deutlich über 37.000, 1919 hingegen nur 19.600 betrug und damit lediglich 48,4 Prozent, also nicht ganz die Hälfte der Werte des Jahres 1912. Die Quote der Totgeburten, die in den Friedensjahren stetig gesunken war, stieg 1918/1919 massiv an, was nach Meinung des Vorstandes der Abteilung Gesundheitsstatistik im Volksgesundheitsamt, Siegfried Rosenfeld, weniger auf die in Kriegszeiten bei Männern so häufig anzutreffende Infektion mit Syphilis als vielmehr auf die Überlastung der Frauen durch extensiven Arbeitseinsatz in der Kriegsindustrie in Kombination mit anhaltender Unterernährung zurückzuführen war. Auch die Kindersterblichkeit stieg exorbitant an, und zwar im Zeitraum von 1914 bis 1919 um mehr als 30 Prozent.

Der Gesamtverlust, der sich über die Kriegszeit aus einer Zunahme an Todesfällen und einer Abnahme an Lebendgeburten ergibt, liegt weit über 120.000 und entspricht damit der Bevölkerungszahl eines der großen Wiener Flächenbezirke. Nahezu jeder vierte Sterbefall war durch Tuberkulose verursacht, seit 1914 hatte sich deren Anzahl fast verdoppelt, ihr Anteil an der Gesamtsterblichkeit stieg von 16 auf 22,8 Prozent.⁴ Rosenfeld schließt aus der außergewöhnlichen Zunahme der gefürchteten *Wiener Krankheit*, dass die Bevölkerung während des Krieges sich in exakt denselben Verhältnissen befunden habe wie die Internierten der berüchtigten Flüchtlingslager. Als Ursachen für die dramatische Zunahme der Sterblichkeit seien hauptsächlich Not und Überarbeitung in Betracht zu ziehen, ähnliche Verheerungen fänden sich nicht einmal in Epidemiezeiten. »Die Not hat grausamer wie manche Pest gewütet.«⁵

Die Kohlennot begann ihre entsetzlichen Wirkungen zu entfalten. Der neue Kleinstaat hatte einen monatlichen Kohlebedarf von 1.150.000 Tonnen, konnte aus eigener Kraft aber maximal 155.000 Tonnen zumeist minderwertiger Kohle fördern. Hausbrandkohle konnte nicht mehr ausgegeben werden, die frierenden und hungernden

Menschen zogen in die Wälder rings um Wien, griffen zur Selbsthilfe, schlugen unter Missachtung aller Eigentumsrechte und in Unkenntnis des Brenn- und Nutzwertes der Hölzer ganze Waldparzellen ab. Waldungen wurden verwüstet, der Wienerwald kam gleichsam in die Stadt, wechselte in die Hände von Ankäufern auf den großen Bahnhöfen und wurde mit hohem Gewinn im Schleichhandel verschachert. In diesem privaten Versorgungs- und Ernährungsdienst wurde im Kleinen das Funktionieren eines sich wieder etablierenden freien Marktes erprobt, eine Generalprobe sozusagen für die bald nach Kriegsende einsetzende Spekulations- und Kriegsgewinnler-Hausse großen Stils. Jeder Versuch, den Schleichhandel durch Absperungen, Strafandrohung, Eingriffe und Konfiskationen durch die Arbeiterräte in den Griff zu bekommen, ließ lediglich die Schwarzmarktpreise rapide ansteigen.

Es blieb in diesen Kälte- und Hungerwintern nicht allein beim Abholzen der Waldungen. Nach und nach verschwand alles, was brennbar war: Bau- und Gartenzäune, Grundstücksplanken, Brückengeländer etc. So wandte sich etwa der Bürgermeister von Albern an der Donau, Viktor Fuchs, an die Niederösterreichische Landesregierung, um mitzuteilen, dass in Hinkunft keine im Gemeindegebiet angeschwemmten Leichen auf dem *Friedhof der Namenlosen* mehr beerdigt würden. Der Friedhof sei von Holzdieben gänzlich verwüstet, seiner hölzernen Umzäunung und der Grabkreuze beraubt worden, aus der Grabkammer waren die hölzernen Särge verschwunden.⁶ Das Elend war allumfassend geworden und hatte begonnen, zivilisatorische Hemmungen und gesellschaftliche Tabus einbrechen zu lassen.

Die Ernte von 1918 hatte im Vergleich zum letzten Friedensjahr 48 Prozent des Weizens, 43 Prozent des Roggens und 39 Prozent an Kartoffeln erbracht, das entsprach einem Viertel des aktuellen Mehl- und einem Fünftel des Kartoffelbedarfs; an Fleisch konnte der neu entstehende Staat, dessen Viehbestand im Krieg verwüstet worden war, gerade einmal ein Drittel, an Speisefett ein Zwanzigstel, an Zucker ein Vierzehntel des Bedarfs aufbringen. Max Winter hat sich Ende November dieses Jahres auf dem Favoritener Eugenmarkt (dem späteren Victor-Adler-Markt) umgesehen. Alle Fleischstände waren geschlossen, offen hielten lediglich ein paar Gemüsestände, deren Angebot aus Rüben, Zwiebeln, etwas Knoblauch und gefrorenem, »zur Hälfte schon von den faulenden Stoffen angefressen(em)« Kraut bestand:

»Das Thermometer zeigt zwei Grad unter Null, der Tag ist neblig und bitter kalt und die Menschen sind alle schlecht gekleidet. Kinder in Sandalen und Halbschuhen, ihre Füße mit Fetzen umwickelt, stehen in der Reihe dicht gedrängt neben ihren Großmüttern, die ihr langes Leben hindurch nicht so bittere Zeiten zu erleben hatten wie diese, neben jungen Frauen, die, in Fetzen und Tücher eingewickelt, ihren Säugling oder ihr Kleinkind am Arme halten, da sie es in dem kühlen Heim nicht allein zurücklassen konnten.«⁷

Herbert Hoover, der amerikanische Lebensmittel-Kommissar, organisierte eine zwar regelmäßige, gleichwohl dürftige Lebensmittelzufuhr, deren Rationen weit hinter dem physiologischen Existenzminimum zurückblieben. Die Unterernährung erhöhte die Sterblichkeit und drückte die Arbeitsintensität. Von 186.000 Wiener Schulkindern galten nach ärztlicher Untersuchung 96.000 als sehr, 1.900 als minder und nur ca. 6.700 als nicht unterernährt, 63.000 wurden schlicht in der Kategorie *unterernährt* klassifiziert. Die Hungerkatastrophe, die drückende Not, die Verzweiflung der Menschen wurde anlässlich des sogenannten *Gründonnerstag-Putsches* der Kommunisten am 18. April 1919 in ebenso deutlicher wie erschreckender Weise manifest: Die Demonstranten hatten sich auf die gefallenen Pferde der Sicherheitswache gestürzt und aus den noch warmen Körpern der toten Tiere Fleischstücke als willkommene Beute herausgerissen.⁸

Doch dies ist eigentlich schon ein Vorgriff und wir wollen uns noch einmal die konkrete Situation der entscheidenden Oktober- und Novembertage 1918 vergegenwärtigen.

Glühendes Fieber, schreibt Paul Busson am 3. November im »Neuen Wiener Tagblatt« mit Bezug auf die grassierende Spanische Grippe, glühendes Fieber hat große Teile der Wiener Bevölkerung niedergeworfen, glühendes Fieber erfüllt ihren Leib, ihre Sinne; die Glieder kündigen den Gehorsam auf, und die Köpfe sind von »jener schmerzenden Masse« erfüllt, die wüste Angstträume und quälende Vorstellungen suggeriert. Und ähnlich den Einzelnen sei der ganze »kranke Riesenleib« der Stadt von einem Fieberschub befallen, sei die lange unterhöhlte Kraft, die ihn bisher zum Ertragen der schwersten Lasten befähigt habe, zusammengebrochen. Die Fieberglut schlage wie eine rote Fahne empor und finde Ausdruck in einem Schrei aus hunderttausenden Kehlen: *Revolution!*⁹ Vierzehn Tage später vermag Carl Marilaun im selben Blatt die Revolution sogar konkret zu verorten, in jenen »großen und furchtbaren Schmelztiegeln«, in denen hunderttausend starke Arme am Werk waren, das alte, das »phäakische« Wien zur Millionenstadt einer neuen Menschheit umzuformen. »Revolutionen, die das Antlitz der Erde verändern, bereiten sich immer in irgendeinem Ottakring oder Favoriten vor.«¹⁰ Und tatsächlich hatte den Riesenleib der Stadt ein Fieberschub der revolutionären Gärung erfasst, waren sich die durch den Krieg und seine Folgen in ihrem Denken, in ihrer Wahrnehmung, in diesem Dasein gänzlich umgeformten Massen ihrer selbst bewusst geworden.

Der Anfang vom Ende war die Auflösung der viel beschworenen *Manneszucht* gewesen, jener enormen Suggestivkraft, vermittels derer der militärische Mechanismus Offiziere und Mannschaft in seiner Gewalt zu halten imstande ist; der Zerfall des eisernen Mechanismus der Disziplin hat die Armee und mit ihr die Monarchie zerschlagen. In einem in der Kriegsgeschichte kaum vergleichbaren Akt der kollektiven Verweigerung, unter Missachtung der Befehle und unter Preisgabe ihres Kriegsgeräts,

setzten sich die in voller Anarchie befindlichen Truppen in Richtung Heimat ab. Die Absetzbewegung erfolgte in chaotischer Unordnung, die Soldatenhaufen brachten Eisenbahnzüge in ihre Gewalt und der Großteil von ihnen bewegte sich, in Wagons, auf Dächern, Puffern und Trittbrettern zusammengepfercht, auf Wien zu. Die Bahnhöfe wurden zum Zentrum eines gewaltigen Prozesses der Sammlung und Neuverteilung einer demobilisierten und geschlagenen Vielvölkerarmee. Niederlage und Revolution gingen ineinander über.

Aus dem Krieg gewachsen, ging der revolutionäre Umbruch weniger von den Fabriken, als vielmehr von den Kasernen aus. Die überproportionale Präsenz von Soldaten und Offizieren in der Massenmanifestation des 30. Oktober signalisierte die völlige Ohnmacht des militärischen Zwangsapparates, den völligen Zusammenbruch der militärischen Disziplin in den Wiener Kasernen. An diesem Tag hatte die Provisorische Nationalversammlung eine de facto republikanische Verfassung beschlossen, die Kundgebung vor dem Niederösterreichischen Landhaus löste sich in eine Unzahl von über die ganze Stadt verstreuten Massenmeetings auf, die überall die Ausrufung der Republik und die Befreiung Friedrich Adlers aus dem Kerker einforderten. Von diesen Kundgebungen ausgehend, entwickelte sich eine instinktive, elementare, archaische Bewegung, die bis in den Sommer 1919 hineinwirken sollte. Bei der Rossauer Kaserne sammelten sich von Russland-Heimkehrern geführte Trupps, organisierten sich in einer *Roten Garde*, zogen bewaffnet durch die Stadt, beschlagnahmten Kraftwagen und Lebensmittelvorräte. Von der Revolutionsromantik des Bolschewismus erfüllte Intellektuelle wie Egon Erwin Kisch oder Franz Werfel schlossen sich der Roten Garde an, Kriegsverwilderung, Hunger, Anarchie nützten die Selbstauflösung der Garnisonen. In die als republikanische Ordnungsmacht neu aufgestellte *Volkswehr* drängten die mit dem Zusammenbruch der Rüstungsindustrie arbeitslos gewordenen Rüstungsarbeiter, ebenso die perspektiv- und hoffnungslosen Frontheimkehrer. In den Bataillonen der jungen Wehrformation sammelten sich Revolutionsromantik und politisches Abenteuerertum, »lumpenproletarische« Elemente ebenso wie Kleinkriminelle: »Und unter die wild erregten Heimkehrer«, so Otto Bauer in einer grandiosen Bestandsaufnahme 1923, »unter die verzweifelten Arbeitslosen, unter die von der Romantik der Revolution erfüllten Wehrmänner mischten sich die Invaliden des Krieges, die ihr persönliches Schicksal an der schuldigen Gesellschaftsordnung rächen wollten; mischten sich krankhaft erregte Frauen, deren Männer seit Jahren in Kriegsgefangenschaft schmachteten, mischten sich Intellektuelle und Literaten aller Art, die, plötzlich zum Sozialismus stoßend, von dem utopistischen Radikalismus der Neophyten erfüllt waren; mischten sich die aus Russland heimgeschickten Agitatoren des Bolschewismus.«¹¹

Während am 12. November 1918 die Provisorische Nationalversammlung im Saal des Herrenhauses tagte, fand die soziale Unruhe, die Erregung, die elementare Bewe-

gung in einer gewaltigen Massendemonstration ihren signifikanten Ausdruck – Symbol und Symptom zugleich. Als zum ersten Mal die rotweißrote Fahne der Republik gehisst wurde, rissen Kundgebungsteilnehmer die weißen Teile aus dem Fahnentuch. Kurz darauf stürzten kommunistische Soldaten in Richtung Parlamentstor und begannen mit einer ziellosen Schießerei, die zwei Menschen das Leben kostete, sonst aber folgenlos blieb.

Noch zwei weitere Male im Verlauf des nächsten Jahres sollte ein aktionistischer kommunistischer Putschismus Versuche unternehmen, die sich konstituierende Republik in ihren Grundfesten zu erschüttern, wobei Angehörige der Intelligenz ebenso wie Deklassierte aus den Reihen der Arbeitslosen, Heimkehrer und Invaliden Schlüsselpositionen einnahmen. So, wie bereits erwähnt, am Gründonnerstag, dem 18. April 1919, als versucht wurde, das Parlamentsgebäude in Brand zu setzen. Polizeieinheiten und die Volkswehr traten den Demonstranten entgegen, Feuergefechte forderten Tote auf beiden Seiten. Keine zwei Monate später hatte der Emissär der ungarischen Räterepublik, Ernst Bettelheim, umfangreiche Putschvorbereitungen für den 15. Juni getroffen. Wehrmänner waren aufgerufen worden, bewaffnet an einer Straßendemonstration teilzunehmen, revolutionäre Soldatenkomitees hatten in den Bataillonen Weisungen für den Straßenkampf und die Besetzung öffentlicher Gebäude ausgegeben. Allerdings hatte der Staatssekretär für das Heereswesen, Julius Deutsch, von den Vorbereitungen rechtzeitig erfahren und von dem aus der Roten Garde hervorgegangenen Volkwehrebataillon Nr. 41 die Zusage erhalten, in den Kasernen zu bleiben zu wollen. Der Leiter des Staatsamtes des Inneren, Matthias Eldersch, ließ daraufhin in der Nacht vom 14. auf den 15. Juni die wichtigsten kommunistischen Vertrauensmänner verhaften. Am nächsten Tag zogen einige Tausend Demonstranten zum Polizeigefangenenhaus, um die Verhafteten zu befreien. In der Hörlgasse eröffnete eine Abteilung der Stadtschutzwache das Feuer, was zwanzig Tote und achtzig Verwundete forderte. Die Volkswehr, die sich erneut als verlässlich republikanisch erwies, besetzte den Ring, und bewaffnete Soldatenräte verhinderten den Aufmarsch der kommunistischen 41er.¹²

Unter den (größtenteils unbewaffneten) Demonstranten befand sich der noch nicht ganz 17-jährige Karl Popper. Popper war Mitglied der von Karl Frank und Max Ermers geführten Jung-Wandervogel-Bewegung, die sich von den Pfadfindern nach der Einführung eines Arierparagrafen 1913 getrennt und im Verlauf des Krieges eine marxistisch-pazifistische Neuorientierung unternommen hatten. Der spätere Zionist Siegfried Bernfeld hatte versucht, eine Plattform einer Jugendkulturbewegung zu entwickeln und Sozialismus mit Psychoanalyse zu verbinden. Die Gruppe des *Jung-Wandervogel* wurde zum Rekrutierungsfeld der Freien Vereinigungen sozialistischer Mittelschüler und Studenten, wo Popper die Bekanntschaft der Frauenrechtlerin und

Reformpädagogin Eugenia Schwarzwald und vor allem der drei Geschwister Elfriede, Gerhart und Hanns Eisler machen sollte.¹³

Popper jedenfalls – der wie die meisten anderen Demonstrationsteilnehmer nicht die geringste Ahnung davon hatte, Teil eines abenteuerlichen Putschunternehmens zu sein – hat die Vorfälle in der Hörlgasse zu den wichtigsten Begebenheiten seines Lebens gezählt. Sie boten ihm, in der retrospektiven Analyse, den Anlass zu einer radikalen Distanzierung vom Kommunismus und jeglicher anderen Form von Totalitarismus, sowie zu einer ersten Reflexion über jene Thesen, wie er sie später in seiner *Offenen Gesellschaft und ihre Feinde* formulieren sollte. Die Logik, die im Namen eines zukünftigen, als ideal erachteten Zieles den Einsatz von Gewalt und Terror akzeptiere, rechtfertige und einfordere, sei konsequenter Weise tödlich. Sobald diese Vorgaben akzeptiert seien, finde sich der Einzelne in einem Prozess der Suspendierung seiner moralischen und intellektuellen Autonomie wieder, einem Prozess der intellektuellen Selbstaufopferung zugunsten einer imaginierten, historischen Mission, eines unkritisch akzeptierten Dogmas.¹⁴

Der blutjunge Popper allerdings war, wie so viele andere, in den Umbruchsjahren 1918/1919 von dem Revolutionarismus, dem Abenteuerertum, der Sozialromantik, dem utopischen Vorschein, der Attraktion des konkreten Neuen, Anderen, dem augenscheinlich so greifbaren Versprechen auf eine bessere Welt mitgerissen worden. Der Krieg hatte sich tatsächlich als Vater der Revolution erwiesen, das Dasein und Bewusstsein der Massen umgestaltet und den konkreten Eintritt dieser Massen in die Geschichte erst bewirkt. Aus der Distanz von zehn Jahren sollte sich Franz Werfel, von seinem jugendlichen Radikalismus lange entfernt, im Roman *Barbara und die Frömmigkeit* mit den Massen des 12. November 1918 auseinandersetzen. Werfel spricht von der Flut der Hunderttausenden, die, »wie unerbittlich sie auch Körper und Selbstbestimmung des einzelnen« auslöschen mochte, als »Eigenwesen eine ungeheure Freiwilligkeit und Souveränität zu besitzen« schien. Die Masse bewies ein »geheimnisvolles höheres Selbstbewusstsein« und habe einen Tag äußerster *Macht-Vernichtung* in einen Tag äußerster *Macht-Entfaltung* verwandelt. Der »Rausch des kollektiven Selbstbewusstseins«, der »einhellige Willen« der Hunderttausenden habe die ganze Stadt mit einbezogen in die »unwiderstehliche Flut des Neuen«.¹⁵ Werfel hat damit, im Anschluss an Gustave Le Bon, eine dekadenztheoretische und apokalyptische Sichtweise der modernen Massen vorgestellt: Die Masse verfügt demzufolge über eine Art Kollektivseele. Sie ist gegenüber emotionaler und leidenschaftlicher Suggestion höchst anfällig, verführbar, lenkbar, zum Höchsten wie zum Niedrigsten gleich fähig. Sie verwandelt das Individuum in einen »willenlosen Automaten«. Die Masse handelt unbewusst, nach einer Logik der Leidenschaft und bedarf daher der Führung, der sie sich unterwerfen kann. Werfel entwirft sozusagen eine kollektive Pathologie des Sozialen – eine Denkfigur, ein Denkstil, der bedeutende Teile der Intelligenz

des Fin de Siècle mit Fernwirkung bis hinein in die Eliten der Arbeiterbewegung nachhaltig beeinflusste. Canetti und Freud haben sich in aufgeklärtem Gestus auf sie bezogen, in ihrer pathologisch-paranoiden, totalitären Dimension finden wir sie bei Adolf Hitler.¹⁶

Canetti hat sich, durch das Erlebnis des 15. Juli 1927, mit dem Phänomen des führerlosen, sich selbst lenkenden, stets neu organisierenden und strukturierenden *Massenwesens* auseinandergesetzt. Freud, die Erfahrungen des Weltkrieges vor Augen, ist in seiner 1921 erschienenen *Massenpsychologie und Ich-Analyse* von der libidinösen Struktur und affektiven Führerbindung der Massenbildung ausgegangen, wobei schließlich das individuelle Ich-Ideal durch das Objekt, d. h. den Führer oder eine kollektive Idee, ersetzt wird. Das Objekt suspendiert letztendlich die individuellen Ich-Funktionen, also die Summe aller Gebote und Einschränkungen, denen das Ich genügen soll. Die Egalität der Massensubjekte besteht darin, dass sie zu einer abstrakten Instanz von abhängig Gleichen geworden sind.

Der 1920 als Direktor des Archivs des Ministeriums des Inneren, des heutigen Allgemeinen Verwaltungsarchivs, in den Ruhestand getretene Karl Huffnagl, der unter dem Pseudonym Nithart Stricker für die *Reichspost* und die *Wiener Stimmen* schrieb, hat dem eine weitere Lesart hinzugefügt. In seinem unter einem zweiten Pseudonym, Karl Paumgarten, verfassten Roman *Reppablik* verarbeitet er die Ereignisse des Gründonnerstags-Putschs und sieht in den Massensubjekten die »bestialischsten Instinkte des Wiener Tiermenschentums bis zur Besinnungslosigkeit« aufgestacheln. Es ist diese besinnungslose Masse der »Untermenschen«, die, Tieren gleich, ihren Instinkten ungehemmt Lauf lässt, und, ihrem kollektiven Unbewussten folgend, zur Bedrohung alles Sittlichen und Reinen wird – und die folgerichtig ausgemerzt werden muss. Huffnagls Denkmuster wurden im Faschismus entsetzliche Realität.¹⁷

Anmerkungen

- 1 Vgl. Wolfgang Maderthaler, Die eigenartige Größe der Beschränkung. Österreichs Revolution im mitteleuropäischen Spannungsfeld, in: Helmut Konrad/Wolfgang Maderthaler, ... der Rest ist Österreich. Das Werden der Ersten Republik, Bd. 1, 187–206.
- 2 Alfred Pfoser/Andreas Weigl, Die erste Stunde Null. Gründungsjahre der österreichischen Republik 1918–1922, Salzburg/Wien 2017, 35 ff.
- 3 Vgl. Wolfgang Maderthaler, Eine Stadt stirbt. Wien im Nachkrieg, in: Georg Kastner et al. (Hg.), Auf der Suche nach Identität. Festschrift für Dieter Anton Binder, Wien 2015, 55–72.
- 4 Siegfried Rosenfeld, Die Wirkungen des Krieges auf die Sterblichkeit in Wien, Wien/Leipzig 1920, 8ff.
- 5 Siegfried Rosenfeld, Die Änderungen der Tuberkulosehäufigkeit Österreichs durch den Krieg, Wien/Leipzig 1920, 48.
- 6 Paul Umbreit, Wiener Elendsbilder, Berlin 1920, 10f.
- 7 Arbeiter-Zeitung, 29. November 1918, 6.

- 8 Otto Bauer, *Die österreichische Revolution*, Wien 1923, 140.
- 9 Neues Wiener Tagblatt, 3. November 1918, 3.
- 10 Neues Wiener Tagblatt, 16. November 1918, 3.
- 11 Bauer, *Revolution*, 121.
- 12 Hans Hautmann, *Die Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924*, Wien/Zürich 1987, 329 ff.
- 13 Malachi Haim Hacohen, Karl Popper. *The Formative Years, Politics and Philosophy in Interwar Vienna*, Cambridge/New York 2000, 78f. Die Geschwister Eisler stehen geradezu emblematisch für Schicksale, wie sie das 20. Jahrhundert zu generieren imstande war. Elfriede Eisler war die dominierende Persönlichkeit jenes (meist jüdischen) studentischen Kreises, aus dem die KPÖ hervorgehen sollte. Unter ihrem Organisationsnamen Ruth Fischer wurde sie zu einem enfant terrible der Komintern und 1926 aus der KPD ausgeschlossen. 1941 emigrierte sie mit ihren Brüdern Gerhart und Hanns in die USA, und sagte gegen Ersteren 1947 vor dem House Committee on Un-American Activities aus. Ebenso wie sein Bruder Hanns, Schöpfer des *Solidaritätsliedes* und zu dieser Zeit erfolgreicher Hollywoodkomponist, wurde er des Landes verwiesen und ging in die DDR, wo beide als Vorzeige-Intellektuelle (Gerhart als Bildungsminister und Hanns als Komponist der Nationalhymne) hohes Ansehen genossen. (Vgl. Christian Glanz, *Hanns Eisler. Werk und Leben*, Wien 2008).
- 14 Hacohen, Karl Popper, 82f.
- 15 Zit. in Ulrich Weinzierl, *Versuchsstation des Weltuntergangs. Erzählte Geschichte Österreichs 1919–1938*, Wien/München 1983, 22 ff.
- 16 Vgl. Wolfgang Maderthaler/Lutz Musner, *der Aufstand der Massen – Phänomen und Diskurs*, in Roman Horak et al. (Hg.), *Stadt. Masse. Raum. Wiener Studien zur Archäologie des Popularen*, Wien 2001, 9–67, insbes. 32ff. und 52ff.
- 17 Wolfgang Maderthaler, *Von der Zeit um 1860 bis zum Jahr 1945*, in: Peter Csendes/Ferdinand Oppl (Hg.), *Wien, Geschichte einer Stadt. Von 1790 bis zur Gegenwart*, Wien/Köln/Weimar 2006, 175–544, 346.

Hanno Rebhan

Die politischen Parteien als Träger des Staatswerdungsprozesses

Monarchie oder Republik? Die Entscheidung zur Staatsformfrage innerhalb der Parteien

Die politischen Parteien Österreichs als Entscheidungsträger des Staates: eine Vorstellung, die im cisleithanischen Staat innerhalb der Habsburgermonarchie sowohl verfassungstheoretisch als auch in der Verfassungspraxis¹ unmöglich erschien. Saßen doch die Parteien im Reichsrat, der in der Gesetzgebung gegenüber dem Kaiser mit dessen absolutem Veto sowie dem § 14-Notverordnungsrecht eine weit untergeordnete Rolle spielte, während die Regierung dem Reichsrat nicht verantwortlich war, da diese nur vom Kaiser ernannt und damit abhängig war, während der Kaiser selbst ohnehin für all seine Handlungen niemandem verantwortlich war.

Mit der bevorstehenden militärischen Niederlage Österreich-Ungarns im Ersten Weltkrieg, dem letzten Versuch Kaiser Karls I. im Oktober 1918, die Monarchie zu retten sowie aufgrund des Zerfalls der Habsburgermonarchie infolge der Abspaltung einzelner Nationalstaaten wurden die Sozialdemokraten, die Christlichsozialen und die deutschnationalen/deutschliberalen Parteien zu Entscheidungsträgern in einem neuen kleinen Staat², über dessen Staatsform sie nun entscheiden mussten.

In diesem Beitrag soll der Entwicklungsprozess der Parteien bzgl. der Entscheidung für die Republik im außen- und innenpolitischen Kontext beleuchtet werden.

1. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei³

Die Sozialdemokratische Partei verkleinerte sich vor dem Ersten Weltkrieg – so spalteten sich die Tschechen von der Sozialdemokratischen Partei ab – in eine deutsche Sozialdemokratische Partei in Österreich, deren Ziel es war, die Donaumonarchie zu erhalten bzw. die Monarchie und ihren staatlichen Apparat für ihre eigenen Ziele zu nutzen, was z. B. auf Karl Renner als wichtigsten Vertreter dieser Richtung zutrif.⁴

Während des Ersten Weltkrieges bildete sich allerdings eine Gruppe um den Sohn Victor Adlers, Friedrich Adler, welche verstärkt den Marxismus und Internationalismus vertrat: die »Linke«. Diese Gruppierung forderte Anfang des Jahres 1918 die Souveränität der Nationalitäten, wogegen ein übergeordneter Gesamtstaat abgelehnt

wurde. Somit müsse auch Deutsch-Österreich aus dem österreichisch-ungarischen Reich austreten und ein eigenes Gemeinwesen bilden. Cisleithanien müsse in sieben Sprachgebiete⁵ zerfallen, in denen Nationalversammlungen auf der Basis des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes etabliert werden sollten. Die Gesamtpartei folgte diesen Forderungen vorläufig nicht,⁶ angesichts der bevorstehenden militärischen Niederlage der Monarchie Anfang Oktober 1918 setzten sich allerdings die Ideen der »Linken« innerhalb der Gesamtpartei durch.⁷

Mit seinem Manifest vom 16.10.1918⁸ unternahm Kaiser Karl I. einen letzten Versuch, das bereits auseinanderfallende Habsburgerreich zu retten: Dieses sollte in einen föderalistischen Bundesstaat umgewandelt werden, in dem jedes Volk mit den Reichsratsabgeordneten der jeweiligen Nation Nationalräte bildete. Durch dieses Manifest wurden die Nationalitäten der Habsburgermonarchie zu Trägern eigener Staaten und auf der Basis desselben versammelten sich am 21.10.1918 die 1911 mittels des allgemeinen Männerwahlrechtes gewählten deutschen Abgeordneten zur »Provisorischen Nationalversammlung Deutschösterreichs«⁹, welche sich aus 104 Deutschnationalen, 65 Christlichsozialen, 38 Sozialdemokraten sowie einem parteilosen Abgeordneten zusammensetzten.¹⁰

Victor Adler nahm gleich in dieser ersten Sitzung Stellung zu der von den Sozialdemokraten bevorzugten Staats- und Regierungsform: »Das deutsche Volk in Österreich soll seinen eigenen demokratischen Staat [...] bilden [...]. Die Zeit der Herrenhäuser, der Privilegienwahlrechte, der bürokratisch-militärischen Herrschaftsorganisationen und der feudal-kapitalistischen Vorrechte (lebhafter Beifall) ist vorbei für immer. [...] Bei der Wahl der verfassungsgebenden Versammlung, und in dieser Versammlung werden wir dafür kämpfen, dass der deutschösterreichische Staat zu einer demokratischen Republik werde. [...] Heute aber verlangen wir, dass der Grund gelegt werde zu einer demokratischen Organisation der Verwaltung unserer künftigen Staaten«¹¹, weswegen das allgemeine, gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen in den Gemeinden sowie die demokratische Selbstverwaltung in den Bezirken, Kreisen und Ländern eingeführt werden müsse.¹² Deutlich zu erkennen ist somit, dass die Sozialdemokraten die Demokratie als Regierungsform sowie die Republik als Staatsform befürworteten, doch sollte der Beschluss für die Republik erst von einer demokratisch gewählten verfassungsgebenden Versammlung beschlossen werden und nicht von dieser Provisorischen Nationalversammlung, welche sich auf der Grundlage der Reichsratswahlen von 1911 zusammensetzte.

Nachdem am 28.10.1918 ein tschechoslowakischer- und am 29.10.1918 ein südslawischer Staat, der Staat SHS, begründet worden und damit die Bewahrung der staatlichen Einheit der Monarchie als Zentral- oder Bundesstaat nicht mehr möglich war¹³, beschloss die Provisorische Nationalversammlung am 30.10.1918 die Gründung¹⁴ des deutschösterreichischen Staates,¹⁵ ohne allerdings die Republik auszurufen. Doch sah

das in dieser Sitzung beschlossene Verfassungsprovisorium keinen Monarchen als Staatsoberhaupt vor, sondern den »Staatsrat« als kollektives Staatsoberhaupt¹⁶. Dieser Staatsrat besaß fast¹⁷ alle Rechte, welche der Monarch ebenfalls besaß. Der Staatsrat bestellte außerdem die Staatsregierung, welche Beauftragte des Staatsrates darstellten. Die Gesetzgebung oblag der Provisorischen Nationalversammlung.¹⁸

Mit dem Entschluss, für den deutschösterreichischen Staat eine neue Verfassungsgrundlage zu etablieren, wurde mit der bisherigen Verfassungsbasis¹⁹ gebrochen.²⁰ Renner begründete diesen Schritt damit, dass jedes Volk der Monarchie sein Recht auf Selbstbestimmung in Anspruch genommen habe und somit auch »uns« keine andere Wahl blieb, die Rechte eines Volkes in Anspruch zu nehmen und seine eigenen staatlichen Einrichtungen zu etablieren.²¹

Dem Wesen nach repräsentierte dieses Verfassungsprovisorium ohne Monarchen an der Staatsspitze eine republikanische Verfassungsordnung. Diese Überzeugung vertraten auch die Sozialdemokraten: Laut »Arbeiter-Zeitung« vom 30.10.1918 seien der Staat Deutschösterreich sowie die weiteren neugegründeten Staaten auf dem Boden der Habsburgermonarchie faktisch »Republiken«, welche auf der Volkssouveränität basierten und die gesamte Regierungs- und Vollzugsgewalt ausübten. Die Basis der österreichischen Monarchie sei verschwunden, die Gesetze sowie die Einrichtungen der Monarchie existierten zwar noch, doch besäßen sie laut »Arbeiter-Zeitung« rechtlich gesehen keine Geltung mehr.²² »Während man noch diskutiert, ob Monarchie oder Republik, löst sich die Monarchie auf und die Republik gründet sich.«²³

Es ist somit deutlich zu erkennen, dass für die Sozialdemokratische Arbeiterpartei mit der Gründung des Staates Deutschösterreich die Republik de facto bereits existierte, während die Monarchie sich im Auflösungsprozess befände.

Der letzte cisleithanische Ministerpräsident Heinrich Lammasch übergab Karl Renner am 31.10.1918 die Regierungsgewalt über das Staatsgebiet Deutschösterreich.²⁴

Auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei am 31.10. und 1.11.1918 in Wien vertrat die ideologische Führungspersönlichkeit der Sozialdemokraten, Otto Bauer, die Meinung, dass sich das deutsche Volk in Österreich nun deutlich positionieren und klar äußern müsse, dass es sich von niemandem mehr bestimmen lassen möchte: weder von der Entente noch von den Magyaren oder der Dynastie, welche ihre Herrschaft bzw. ihr Reich retten wollten. Das deutsche Volk in Österreich müsse laut Bauer klar bekannt geben, dass es nur über sich selbst bestimmen wolle. Bauer vertrat außerdem die Meinung, dass dieser Staat Deutschösterreich alleine nicht bestehen könne, da dieser zu klein sei und seine Industrie nicht erhalten könne, weswegen der Anschluss²⁵ an das Deutsche Reich erfolgen müsse.²⁶

Bauer machte somit aus der Entscheidung der Sozialdemokraten, während der Wahlen zur und in der verfassungsgebenden Nationalversammlung für die Republik²⁷ zu kämpfen, eine Entscheidung des deutschen Volkes in Österreich.